



## Antrag

Vorlage: AT/0048/2020		Datum: 06.03.2020	
Verfasser:	03-Ratsfraktion SPD	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD und DIE LINKE: Resolution zu Altschulden</b>			
Gremienweg:			
19.03.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

### Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge die nachfolgende Resolution beschließen und die Verwaltung beauftragen, den entsprechenden Beschluss nebst Resolution an Herrn Bundesfinanzminister Olaf Scholz, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin (Postanschrift: 11016 Berlin) zu übersenden.

### **Resolution der Stadt Koblenz: Altschuldenhilfe durch den Bund jetzt**

Der Stadtrat der kreisfreien Stadt Koblenz (Rheinland-Pfalz, 113.879 Einwohner, Stand: 31.12.2019) bittet Herrn Bundesfinanzminister Scholz, sich wie bisher und weiterhin mit Nachdruck für eine Altschuldenhilfe des Bundes und der betroffenen Länder einzusetzen. Selbstverständlich müssen die Länder mit ihren Kommunen sicherstellen, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände nach einer Altschuldenhilfe nicht abermals neue Schulden aufbauen. Seitens der Stadt Koblenz besteht hierzu die ausdrückliche Bereitschaft.

Immerhin leben nach Angaben des Deutschen Städtetages rund 10 Millionen Menschen in den betroffenen Städten und Kreisen. Nur mit einer Altschuldenhilfe werden die heute hoch verschuldeten Kommunen zukünftig wieder mehr Geld auch in ihre Infrastruktur investieren können, und nur so können gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden.

Dem Statement von Herrn Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeisters gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa)

"Auch die verschuldeten Städte wollen ihren Bürgerinnen und Bürgern gute Kinderbetreuung, Bildungsangebote und einen verlässlichen ÖPNV bieten. Sie können aber aus eigener Kraft die Schuldenspirale nicht verlassen. Schon kleine Zinssteigerungen können dort den Haushaltsausgleich ins Wanken bringen. Dieses Risiko müssen wir gemeinsam bannen. Die Kommunen, die heute unter Altschulden ächzen, müssen dieses Kapitel hinter sich lassen und wieder handlungsfähig werden."

stimmt der Stadtrat der Stadt Koblenz ebenso wie der Äußerung von Herrn Michael Ebling, Vorsitzender des Städtetages Rheinland-Pfalz und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz (Pressemitteilung des Städtetages Rheinland-Pfalz vom 6. Dezember 2019)

„Beim Altschuldenabbau der Städte muss sich etwas tun. Aus eigener Kraft wird es in vielen Fällen nicht möglich sein, aus der Schuldenfalle zu kommen. Daher ist die angekündigte Bereitschaft des Bundes, einen erheblichen Teil der Kassenkredite besonders belasteter Kommunen in die Bundesschuld zu nehmen, ein wichtiges und starkes Signal. Das wäre ein Schritt, der unseren Städten eine echte Perspektive bieten würde.“

ausdrücklich zu.

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**